

Stadt und Bezirke – gemeinsam für ein starkes Hamburg

Einstimmig beschlossener Leitantrag auf dem Landesparteitag der SPD Hamburg am 20. Oktober 2018

Bereits am 12.04.2014 hat die SPD Hamburg auf ihrem Landesparteitag ein **klares Bekenntnis für starke Bezirke** gegeben. In den letzten Jahren wurden viele der damaligen Forderungen umgesetzt und die Leistungsfähigkeit der Bezirke weiter gesichert und gestärkt.

In vielen Bereichen des täglichen Lebens sind die Bezirke das sichtbare Bild der Stadt. Der Wohnungs- und Gewerbebau, die Pflege von Grün- und Parkanlagen und die öffentlichen Dienstleistungen in Hamburg (u.a. die Ausstellung von Ausweisen oder Reisepässen, Bearbeitung des Elterngeldes oder der KiTa Gutscheine, Bauanträge, Jugendamtsdienste) sind bei den Bezirken in guten Händen.

Die SPD ist in allen Stadtteilen präsent. Viele hundert Ehrenamtliche kümmern sich in ihrer Freizeit und nach Feierabend um unsere guten Nachbarschaften, kennen und verstehen die Sorgen und die Hoffnungen der Menschen. Als Mitglieder der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse, in Vereinen, Initiativen und Verbänden bringen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in die städtische Gemeinschaft ein und sorgen dafür, dass in Hamburg Politik für eine breite Mehrheit gemacht wird – nicht nur für einige wenige.

Ein großer Teil der Menschen in Hamburg hat Ideen und Vorstellungen von einer Stadt, die sich vor allem in ihrer Nachbarschaft widerspiegeln soll. Sei es die soziale Infrastruktur, der Zustand der Verkehrswege, Sauberkeit, ein guter öffentlicher Nahverkehr oder der Zustand der Spielplätze.

Die SPD steht hier auf allen Ebenen der Stadt, den Bezirken, Fachbehörden, der Bürgerschaft und dem Senat gemeinsam für die Interessen der Menschen ein.

Auf diesem Weg wollen wir weitergehen und werben um ein starkes Mandat in allen sieben Bezirksversammlungen bei den Bezirksversammlungswahlen 2019. Wir wollen stärkste, gestaltende Kraft in allen Bezirken bleiben, damit unsere Bezirksamtsleiterinnen und Bezirksamtsleiter gemeinsam mit den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bezirksamtern, den Bezirksabgeordneten sowie den vielen ortskundigen zugewählten Bürgerinnen und Bürgern in den Fach- und Regionalausschüssen das Hamburg vor Ort weiter gestalten können.

Wir wollen von Landesebene den nötigen Rückenwind geben. Unsere Landespolitik mit umfassenden Investitionen in Bildung, Verkehr und Infrastruktur, in die Sicherheit, in

Wohnungsbau und die Stadtentwicklung, sie ist vor Ort greifbar und sichtbar. Mit ordentlichem Regieren haben wir es auch gemeinsam geschafft, an für den Bürgerinnen und Bürgern wichtigen Verwaltungsbereichen die Handlungsfähigkeit weiter zu verbessern.

Für Hamburg und seine Bezirke – wir haben viel erreicht, wir haben viel vor!

Hamburg investiert – gerade auch in seine Bezirke und Stadtteile

Die Investitionen in Bildung und Betreuung, in Schule und Sport seit 2011 suchen ihresgleichen. Und sie sind vor Ort in den Stadtteilen sichtbar und greifbar. Das Sanierungsprogramm für Schulen und Sportanlagen zeigt große Erfolge. Alle Bezirke, viele Stadtteile haben davon profitiert und werden weiter profitieren. Von 2011 bis 2017 wurden 2,4 Milliarden Euro investiert – die Zielzahlen wurden übertroffen, das Investitionsniveau bleibt auf hohem Niveau bestehen. Da unsere **Schulen** überall gut in den Stadtteilen vernetzt sind, sind sie häufig auch außerhalb der Schulzeiten Orte von Begegnung und Bildung – die Stadtteile haben also vom Schulsanierungs- und –ausbauprogramm insgesamt sehr profitiert und tun es weiter.

Das gilt vor allem für den **Sport**: Von 2018 bis 2020 werden nach aktueller Planung 55 Sporthallen mit insgesamt 75 neuen Hallenfeldern für rund 142 Millionen Euro neu entstehen. Weitere 38 Hallen mit 44 Feldern sollen in derselben Zeit saniert werden. Schulsportanlagen haben nicht nur Bedeutung für die Schule, sondern insbesondere für die Sportvereine und den Breitensport im Bezirk. Flankiert durch zahlreiche sportpolitische Maßnahmen der beteiligten Behörden – auch im Kontext von ActiveCity – werden wir weiter kräftig in den Ausbau und die Sanierung der Sporthallen investieren, auch das mit großer Wirkung für die Bezirke und Stadtteile. Dieser Prozess wird zudem eng mit der Bezirkspolitik abgestimmt – diese Schwerpunktsetzung wird für die Bezirkswahlen 2019 ein großer Pluspunkt für die SPD.

Mit den Investitionsvolumina ist der Schul- und Sportstättenbau Spitzenreiter in der **Sanierungsstrategie** der Stadt. Jahrelang wurden wichtige Investitionen in öffentliche Einrichtungen und die Infrastruktur vernachlässigt. Mit der Sanierungsstrategie des Senats bringen wir unsere Straßen, unsere Spielplätze und unsere Schulen wieder in Ordnung und machen Hamburg fit für die Zukunft – auch diesen strategischen Ansatz verfolgen wir in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken. Von vielen Landesmaßnahmen bei Investitionen und Sanierung profitieren die Bezirke und Stadtteile – sei es bei den Krankenhäusern, bei den Hochschulen oder bei den Kultureinrichtungen. Bei den Spielplätzen und Grünanlagen wird die Erhaltungsstrategie gemeinsam geplant und umgesetzt. Nach den großen Erfolgen der Straßensanierung der Stadtstraßen wird es nun darum gehen, Schritt für Schritt auch ein umsetzbares Erhaltungsmanagement für die Bezirksstraßen zu starten. Auch hier werden Land und Bezirke Hand in Hand arbeiten – zum Wohle der Menschen vor Ort.

Wir wollen weiterhin diejenigen fördern, die die Menschen in ihrem Stadtteil fördern und begleiten. Deshalb werden wir mit den Mitteln aus dem **Quartiersfonds** auch weiterhin zivilgesellschaftliches Engagement von Initiativen und Vereinen unterstützen. Damit die profitieren, die sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt kümmern.

Wir gestalten das Wachstum der Stadt – vor Ort in den Stadtteilen

Wir verschließen nicht die Augen vor den Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung und überlassen das Geschehen nicht den Kräften des Marktes. Für uns Sozialdemokraten liegt der Fokus auf folgenden Aspekten der Stadtentwicklung:

Im Zentrum steht für uns die **Bezahlbarkeit** des Wohnens. Darum ist der verstärkte Wohnungsbau für uns kein Selbstzweck. Kernpunkt der gemeinsamen Anstrengungen bleibt selbstverständlich der Wohnungsbau, wo es uns gemeinsam gelingen muss, den Anteil der bezahlbaren Wohnungen (gefördert bzw. freifinanziert günstig) am Neubauvolumen im Rahmen der gemeinsamen Verabredungen (Vertrag für Hamburg, Bündnis für das Wohnen) zu steigern. Unser Ziel ist es, dass Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen nicht aus ihren Quartieren oder gar ganz aus der Stadt gedrängt werden. Die große Vielfalt an Lebensstilen muss sich in einer größeren Bandbreite an Typologien der Bebauung mit kleinen Wohnungen für die zunehmenden Einzelhaushalte bis zu größeren Wohnungen für Familien niederschlagen. Auch benötigen wir zukünftig verstärkt seniorengerechte Wohnformen.

Wenn wir das Wachstum aktiv gestalten, können wir die Stadt für alle attraktiver machen. Dazu gehört die Bewahrung der gewachsenen Strukturen genauso wie die Weiterentwicklung von lebenswerten Quartieren mit guter Architektur und einladendem Städtebau. Und wir wollen zielgenau sicherstellen, dass die notwendige Infrastruktur mitwächst, wenn Hamburg in dieser Weise wächst. Mit einem **Mitwachsen der Infrastruktur** wird es gelingen, die Akzeptanz des Wachstums unserer Stadt weiterhin hoch zu halten – bei denen, die hier schon wohnen und natürlich auch bei denen, die zuziehen.

Dabei geht es um Infrastruktur im weiteren Sinn, von Kita über den Aufenthalt im öffentlichen Raum, Familienhilfe, Angeboten für Sport, Kultur, Jugendliche oder ältere Menschen bis hin zum sicheren Schulweg, Mobilität oder Inklusion. Wir verfügen über viele sehr erfolgreiche Programme und Leistungen, die im Quartier gebündelt und flankierend zum Wohnungsbau eine klare Win-Win-Situation für alle erzeugen können. Hierzu bedarf es einer Quartiersentwicklungsstrategie, einer Initiative, die direkt vor Ort ansetzt, wirklich ressortübergreifend verantwortet wird und v. a. die Bürgerinnen und Bürger einbezieht. Die Bezirksämter haben sich mit der "Quartiersinitiative Urbanes Leben" bereits auf diesen Weg begeben.

Bei diesem Prozess sind die Bezirke als örtliche Ansprechpartner, als Träger der örtlichen Bürgerbeteiligung von zentraler Bedeutung, dabei haben sie unsere Unterstützung.

Jede **Fläche der Stadt** muss so genutzt werden, dass der bestmögliche Ausgleich geschaffen wird zwischen der städtebaulichen Weiterentwicklung und den Belangen der Umwelt und des Natur- und Landschaftsschutzes. Flächen werden weiterhin sowohl für den Wohnungsbau, für soziale Zwecke, für Sport und Freizeit wie für Naherholung, Landwirtschaft und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen gebraucht. Wenn wir neue Stadträume entwickeln, tun wir dies in erster Linie an Orten mit bereits bestehenden Verkehrsanbindungen und vorhandener Infrastruktur.

Doch auch der Bebauungsdruck auf die Stadtränder nimmt wieder zu. Hier wollen wir mit klugen Strategien dafür sorgen, dass bestehende Landschaften mit neuer Bebauung verträglich sind und Bewohnerinnen und Bewohner frühzeitiger bei der Veränderung ihrer Quartiere einbezogen werden.

Dabei schaffen wir auch gleichzeitig neue Grünanlagen und setzen die Qualifizierung bestehender Grünanlagen noch konsequenter um.

Wir wollen gemeinsam erreichen, dass Hamburg vor Ort grün bleibt – auch dafür haben wir Vorkehrungen getroffen und z.B. den klugen Weg des Naturcents geschaffen.

Wir wollen in Hamburg das **Wohnen** und das **Arbeiten** wieder näher zusammenführen, um den Anforderungen der modernen Arbeitswelt besser zu begegnen und die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen. Innovative räumliche Strukturen sind inzwischen sehr verträglich umsetzbar und werden von vielen Menschen gewünscht, die gleichzeitig arbeiten und eine Familie versorgen wollen, die in der Nähe ihrer Wohnung flexiblen Büroraum, Gründeretagen oder klassische Gewerbeflächen für ihren Arbeitsplatz suchen. Ohne weite Wege zum Arbeitsplatz mindert sich das Verkehrsaufkommen. Viele Pendlerinnen und Pendler würden gern in der Stadt wohnen und näher an ihrem Arbeitsplatz sein. Gewerbliche Angebote in den Quartieren sind außerdem wichtig für lebendige und attraktive Stadtteile und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt.

Mobilität für alle vor Ort

Mobilität ist vor Ort in den Bezirken und Stadtteilen ein zentrales und mitunter kontroverses Thema. Hamburg als Metropole mit mehr Menschen muss seine Mobilität zukunftsfähig ausrichten. Mehr Menschen bedeuten auch mehr Verkehr und der Straßenraum ist begrenzt. Wir setzen dabei nicht auf ein Gegeneinander der Verkehrsträger sondern auf ein Miteinander. Jeder soll schnell und sicher ans Ziel kommen. Darum bauen wir neue S- und U-Bahn-Strecken, steigern die Kapazitäten und Taktungen von Bussen und Bahnen. Insbesondere treiben wir aktuell in vielen Stadtteilen unsere Ausbauplanungen für U- und S-Bahn voran, mehrere hundert tausend Bürgerinnen und

Bürger werden in den nächsten Jahren in fast allen Bezirken davon profitieren, viele Stadtteile erhalten erstmals einen Schnellbahn-Anschluss. Bis dahin erweitern wir auf vielen Linien die Kapazitäten von Bahn und Bus, schaffen neue Fahrzeuge an, um auf die gestiegene Nachfrage zu reagieren.

Mobilität für alle bedeutet auch, dass wir den barrierefreien Ausbau im öffentlichen Nahverkehr weiter vorantreiben. Dazu zählt nicht nur der schrittweise barrierefreie Ausbau von U-Bahn und S-Bahn Stationen, sondern auch ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen oder besonderen Anforderungen bei Kreuzungsumbauten und Straßen Sanierungen legen.

Aber es geht auch um **neue Mobilitätsformen** – wie Stadtrad, Carsharing und Sammeltaxi-Systeme. Wir sorgen dafür, dass diese hamburgweit in die Fläche kommen und Schritt für Schritt auch die Außenbezirke davon profitieren – so haben alle etwas davon. Das wird noch mehr Verbindungen in und zwischen Stadtteilen schaffen – ganz im Sinne einer bruchfreien Mobilität. Das heißt, wir vernetzen die Angebote neu, nutzen digitale Innovationen. Unsere Ausbau- und Sanierungsprogramme für den Radverkehr und die Gehwege runden unseren Mobilitätsmix ab.

Dabei gilt: Wenn wir die Kapazität, die Zuverlässigkeit und den Komfort moderner Mobilitätsangebote weiter steigern, entlasten wir den Straßenraum, verringern Staus und schaffen bessere Bedingungen für alle. Je mehr Menschen Bus, Bahn und Fahrrad nutzen oder zu Fuß gehen, umso mehr Platz ist für diejenigen da, die auf das Auto angewiesen sind. **So entwickeln wir Hamburg von der autogerechten zur mobilitätsgerechten Stadt.** Schritt für Schritt sind dabei die Fortschritte auch vor Ort sichtbar.

Und wir wollen noch mehr **Anreize zum Umsteigen auf U- und S-Bahn** schaffen, werden deshalb die P+R-Gebührenregelung attraktiver gestalten: Für 100 € pro Jahr soll jeder HVV-Abo-Karteninhaber auch eine P+R-Jahreskarte dazu buchen können, ein wirkliches gutes Angebot!

Wir wissen, dass die aktuelle Baustellensituation auf den Straßen eine Herausforderung ist – aber durch den von der CDU hinterlassenen Sanierungsstau können wir unsere Straßen nicht verrotten lassen, sondern müssen sie in Ordnung bringen.

Der Senat sowie die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft werden aufgefordert, sich zeitnah dafür einzusetzen für alle sieben Bezirke Hamburgs jeweils die Stelle einer Verkehrsbaustellenkoordinatorin / eines Verkehrsbaustellenkoordinators zu schaffen. Zentrale Aufgabe dieser / dieses Verkehrsbaustellenkoordinator*in ist einen Überblick darüber zu haben welche Bauträger an welchen Stellen des Bezirks zu welcher Zeit verkehrsrelevante Baumaßnahmen planen und durchführen und ggfs. koordinierend einzugreifen, um sicherzustellen, dass jederzeit ein möglichst störungsfreier Ablauf des Straßenverkehrs im Bezirk sichergestellt ist.

Die Verkehrsbaustellenkoordinator*innen der Bezirke stimmen sich darüber hinaus regelmäßig mit dem Verkehrsstaatsrat und der Koordinierungsstelle ab.

Weiter verbessert gehört auch die landesweite Abstimmung über verkehrspolitische Beschlüsse aus den Bezirken z.B. zur Ausweisung von Tempo-30-Zonen. In Streitfällen soll es hierzu unter Federführung der Bezirksaufsicht ein **Clearing mit den beteiligten Behörden** und Bezirken geben. Sowohl bei Baustellen, als auch bei verkehrlichen Maßnahmen ist den bezirklichen Interessen mehr Raum zu geben – vor Ort weiß man, wo der Schuh drückt.

Ordnung, Sauberkeit, gepflegtes Grün – das sind gerade vor Ort im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen verständliche Erwartungen. Dem kommen wir nach. Unsere Aussagen sind klar: Hamburg bleibt grüne Stadt am Wasser. Wir stellen für das Stadtgrün viel Geld zur Verfügung und werden weiter und mehr in regelmäßige Pflege und Erhalt investieren. Hamburg hat mit rund 10 % bundesweit den höchsten Anteil an Naturschutzgebieten. Weitere etwa 20 % kommen hinzu, die unter Landschaftsschutz stehen. Diesen wertvollen Bestand gilt es zu bewahren. Hamburg ist sauber, wenn alle mitmachen. Unsere Sauberkeitsoffensive wirkt und wird mit uns weitergeführt. Ordnung muss sein. Wir stellen 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Polizei ein, die für Ordnung sorgen. Schutz vor Lärm ist unsere Sache, wir arbeiten weiter daran.

Bezirkspolitische Leitlinien

Neben diesem Rückenwind von der Landesebene wollen wir mit diesem Antrag Leitlinien formulieren, die den Bezirken und Kreisen Orientierung bei den Bezirkswahlprogrammen geben, die Landes- und Bezirkspolitik optimal aufeinander abstimmen – getreu dem Motto: Stadt und Bezirke – gemeinsam für ein starkes Hamburg.

Für die SPD bleibt klar: Was vor Ort besser entschieden und umgesetzt werden kann, soll auch vor Ort entschieden und umgesetzt werden.

Nach nunmehr sieben Jahren der kontinuierlichen Verbesserung der Situation der Bezirke durch den SPD-geführten Senat stehen wir vor der Aufgabe, die Bezirke im Rahmen der Entflechtung von Aufgaben noch stärker zu machen, um das direkte Lebensumfeld und die Lebenssituation der Menschen zu stärken.

Durch das neue Wahlrecht hat sich gezeigt, dass die direkt gewählten Bezirksabgeordneten über eine Ortskenntnis und ein Engagement verfügen, das unbedingt genutzt werden muss. Anders als für die Opposition gilt für uns: Keine Partei ist vor Ort so präsent wie wir.

Für die SPD sind die Bezirke die wichtigste, unmittelbar mit den Menschen der Stadt arbeitende Ebene - die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksämter und die Mitglieder der Bezirksversammlungen sind gleichzeitig das Gesicht der Politik von Senat und Bürgerschaft. Die Auswirkungen aller politischen Entscheidungen in Hamburg werden als erstes durch den Bezirk und die Bezirkspolitik erfahren und reflektiert. Es ist die Stärke der SPD, dass hieraus kein Kampf der Ebenen entsteht, sondern aus den Rückmeldungen und Erfahrungen der Akteure vor Ort stetig an den besten Lösungen

gearbeitet wird. Dazu gehört auch, dass wir transparent machen, wo gesamtstädtische Belange berührt und Lösung aus gesamtstädtischer Perspektive vorzuziehen sind. Wir sind ein Stadtstaat, eine Einheitsgemeinde, und wollen das bleiben.

Gleichwohl wird die SPD die **Einflussmöglichkeiten der Bezirksversammlung weiter verbessern**. Denn, auch wenn die Bezirksversammlung durch ehrenamtliche Mitglieder besetzt wird, sind die Ansprüche und Bedarfe seitens der Bevölkerung an die Versammlung groß. Kein gewähltes Gremium ist so nah an den Bedarfen der Menschen in Hamburg und keine andere Ebene kann mit Sondermitteln so unbürokratisch Initiativen und Projekte vor Ort unterstützen. Neben der Versammlung selber und den vorgeschriebenen Fachausschüssen sind vor allem die Regionalausschüsse die Orte, an denen der Austausch zwischen Bezirksversammlung und den Quartieren niedrigschwellig und direkt stattfinden kann. Dazu gehört auch die stärkere Einbeziehung von jungen Menschen. Die SPD wird sich daher dafür einsetzen, dass Jugendvertretungen in den Bezirken etabliert werden. Die Expertise und Meinungsbildung vor Ort, die durch die Regionalausschüsse gewährleistet werden, sind für die bezirkliche Arbeit von unschätzbarem Wert.

Es ist deshalb in diesem Kontext besonders wichtig, dass es in einem breiten Konsens gelungen ist, das Bezirkswahlrecht mit gezielten Stärkungen der Rechtsposition der Abgeordneten und auch der zu gewählten Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu versehen.

Gute und verlässliche Arbeit im Ausschuss benötigt eine gute Vernetzung in die Bezirksverwaltung und eine gute Sichtbarkeit der Verwaltung vor Ort. Die SPD steht wie keine andere Partei für Verbindlichkeit bei Zusagen und Versprechen. Wenn eine politische Entscheidung getroffen wird, dann wird diese auch wie vereinbart umgesetzt. Da die Umsetzung immer ein verlässliches Verwaltungshandeln voraussetzt, muss die Verwaltung regional und thematisch breit aufgestellt präsent sein.

Das Prinzip der **Regionalbeauftragten** hat sich in diesem Kontext bewährt; Regionalbeauftragte haben eine ganz besondere Scharnier- und Koordinationsfunktion zwischen Politik und Verwaltung. Wir wollen erreichen, dass diese noch stärker als „regionale Kümmerer“ wahrgenommen, mehr von übriger Verwaltungsarbeit freigestellt werden. Mit direkten Vortragsrechten gegenüber Bezirksaufsicht und Bezirksamtsleitung wollen wir sie stärken, ihnen bessere Möglichkeiten geben, Beschlüsse von Regionalausschüssen umzusetzen und zu begleiten. Mit einem offiziellen Beststellungsakt der Regionalbeauftragten im Beisein des Bezirkssenators soll die Bedeutung dieser Kümmererposition auch in der Außensicht deutlich gestärkt werden. So bekommt die Verwaltung vor Ort wieder stärker ein Gesicht.

Auch die **Bezirksversammlung** muss in die Lage versetzt werden, sich eine Arbeitsstruktur zu geben, die den aktuellen Herausforderungen entspricht. Als direkte Repräsentanten der Hamburger Politik vor Ort müssen die Mitglieder der Bezirksversammlung in jedem Bezirk zu Beginn einer Legislatur die Struktur der Ausschüsse evaluieren

und an die Gegebenheiten und Herausforderungen der Zeit anpassen können. Dabei ist die Betreuung der Arbeit der Bezirksversammlung und ihren Ausschüssen adäquat auszustatten. Die politische Arbeit muss sich nicht an Prozessen, sondern an Ergebnissen messen lassen. Wie diese Ergebnisse erreicht werden können, wissen die Akteure vor Ort am besten.

Dazu braucht es auch **handlungsfähige Strukturen in den Bezirksfraktionen**. Die Vielzahl von Beteiligungsformaten, Abstimmungsterminen bedingt zumindest einen hauptamtliche Angestellte/n, der/die auch zu Arbeitszeiten die Termine wahrnehmen und die Interessen der Fraktion vertritt. Erstellung von professionellen Entwürfen und Studien für politische Initiativen sind mit den jetzigen Pauschalen nicht möglich. Daher müssen diese an die aktuellen Erwartungen und Gegebenheiten angepasst werden. Die angemessene Ausstattung der Bezirksfraktionen ist bei der regelmäßigen Betrachtung der Angemessenheit der Finanzausstattung entsprechend zu berücksichtigen.

Die Mittelzuweisung für die Bezirksversammlung bestehend aus Sondermitteln und dem nochmals deutlich aufgestockten Quartiersfonds muss mindestens auf dem derzeitigen Niveau gehalten werden. Mit diesem Geld wird Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Politik zurückgewonnen und mit kleinen Förderungen große Ergebnisse erzielt. Gerade der **Quartiersfonds** hat sich in vielfältigen Politikbereichen als stabilisierendes Handlungselement bewährt. Die Aufstockung im Haushaltsplan 2019/2020 ist daher ein wichtiges unterstützendes Zeichen für die bezirkliche Arbeit.

Verstärkt werden sollte auch die Möglichkeit, Bürgerinformation und Beteiligungsprozesse zu flankieren und zu finanzieren. Um die Wirkung des politischen Handelns auf bezirklicher Ebene deutlicher nach außen zu tragen und damit auch die Wahlbeteiligung bei Bezirkswahlen zu erhöhen, ist auch zu prüfen, inwieweit die Bezirksversammlung ein eigenes **Budget für Öffentlichkeitsarbeit** erhalten kann. Ziel ist der niedrigschwellige Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zur Arbeit der Bezirksversammlung und der zugehörigen Ausschüsse.

Hierfür ist es erforderlich, die Geschäftsstellen der Bezirksversammlungen mit entsprechenden Mittelzuweisungen auszustatten, um diesen Zugang zu gewährleisten. Auch die Aufgaben der Bezirke nach § 33 BezVG (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) sind hierbei mitzudenken und sicherzustellen. Auch Personen, denen die Teilhabe an der Arbeit bezirklicher Gremien durch ein Handicap nur eingeschränkt möglich ist, sollen unterstützt werden, z. B. durch Gebärden- und / oder SchriftdolmetscherInnen.

Starke Bezirke brauchen auch eine starke Bezirksverwaltung.

Bürgerschaftsfraktion, Senat und Fachbehörden sollen weiter dafür sorgen, dass die Bezirke mit Personal und sonstigen Ressourcen ausgestattet sind, welches sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Angesichts der Herausforderungen des Wachstums unserer Stadt muss sich das auch in den Bezirken durch gezielte Verstärkungen

abbilden. Das jetzt aufgezeigte **Budgetwachstum** von etwa 7% für die Bezirke ist deshalb ein richtiger und wichtiger Schritt. Der Personalzuwachs und die Steigerungen der Bezirksbudgets unterstreichen, dass von einem von der Opposition befürchteten Sparkurs bei den Bezirken keine Rede sein kann – das Gegenteil ist der Fall.

Die eigene Stimme der Bezirke

Der Anspruch der SPD ist, den Bezirken auch in den Befassungen des Senates eine noch kräftigere Stimme zu geben. Der Finanzsenator ist auch Bezirkssenator. Er ist Anwalt der Bezirke in Behördenverhandlungen; die Folgen für den Verwaltungsvollzug durch Senatsentscheidungen müssen deutlicher als bisher transparent gemacht und berücksichtigt werden. Die mehr als 6000 Beschäftigten der Bezirke und die Hunderten von Bezirksabgeordneten haben berechnete Erwartungen an ihre Vertretung auf Landesebene. An geeigneter Stelle sollen deshalb die Bezirksamtsleiter auch in Beratungen von Senat und Bürgerschaft noch mehr eingebunden werden. Nur so kann glaubwürdig dargestellt werden, welche Konsequenzen die Entscheidungen von Senat und Bürgerschaft für die Bezirke haben.

Im Amt für Bezirke sollen bestimmte Ansprechpositionen gezielt gestärkt werden. So wäre es z.B. sinnvoll, für die bezirklichen Bürgerhäuser aber auch für Fragen der bezirklichen Bürgerbeteiligung Knowhow und Best-Practice-Informationen zentral vorzuhalten. So kann der Erfahrungsaustausch verbessert werden.

Bezirke als attraktive Arbeitgeber erhalten

Es ist eine Herausforderung die besonderen bezirklichen Anforderungen bei der **Persongewinnung** zu berücksichtigen. Die Bezirke dürfen dabei den Fachbehörden nicht nachstehen, sie müssen durch gezielte Maßnahmen bei der Fachkräftegewinnung unterstützt werden. Es gilt, dass die Hamburger Verwaltung auf allen Ebenen gute Absolventen und erfahrene Kräfte rekrutieren kann, um die Herausforderungen einer modernen Verwaltung meistern zu können. Hier sind gezielte Ausbildungs- und Nachwuchsoffensiven für die Bezirke zu starten; Nachteile bei Eingruppierung und Beförderungen müssen Schritt für Schritt beseitigt werden. Das Arbeiten vor Ort nah bei den Menschen muss höher gewichtet und wertgeschätzt werden.

Durch langwierige, auf den internen Arbeitsmarkt der Stadt beschränkte Ausschreibungsverfahren können frei werdende Stellen nicht selten erst mit großer Verzögerung nachbesetzt werden. Gerade für die unteren Gehaltsklassen gibt es kaum noch Bewerbungen aus dem internen Arbeitsmarkt der Stadt. Trotzdem wird zunächst an den internen Ausschreibungsverfahren festgehalten. Die Möglichkeiten der zeitnahen externen Ausschreibung sind gerade für die Bezirke auszuweiten.

Darüber hinaus wird die SPD weiter dafür sorgen, dass auch Menschen mit **unterschiedlichen Bildungs- und Erwerbsbiografien** Zugang zur Hamburger Verwaltung

haben. Die Bezirke wissen am besten, wen sie für welche Aufgaben brauchen. Lebens- und Berufserfahrung auch außerhalb von Verwaltung und Universität sind für unser Gemeinwesen und seine Verwaltung unabdingbar.

Budgetverantwortung für die Bezirke ermöglichen

Die Bezirke müssen in der Lage sein, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten eigenverantwortlich planen und handeln zu können. So ist es selbstverständlich, dass die Bezirke Personal nur im Rahmen ihres Personalbudgets beschäftigen können. In den letzten Jahren kam es durch Beschlüsse der Bürgerschaft und des Senates (z.B. „Hamburg wächst“) oder durch Gesetzesänderungen auf Bundesebene (z.B. beim Unterhaltsvorschussgesetz) zu einem Aufbau von Personal. Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass bei der Personalplanung der Bürgerservice vor Ort stärkeres Gewicht bekommen hat. Es ist sicherzustellen, dass die Bezirke bei besonderen Belastungssituationen auch reaktionsfähig sind. Auch das Wachstum der Stadt wird zu berücksichtigen sein. Für uns ist es selbstverständlich, dass sich die Zunahme der Bevölkerung und neue Wohn- und Arbeitsgebiete personell und materiell in allen Bereichen der Bezirksverwaltung angemessen wieder finden.

Servicequalität weiter erhöhen – Digitalisierung nutzen

Die Bedürfnisse der Menschen unserer Stadt haben sich geändert. Mit den Kundenzentren haben wir vorgemacht, wie sich Verwaltung auf diese geänderten Bedingungen einstellen kann. Inzwischen hat die Mehrzahl der Kundenzentren täglich von 07:00 bis 19:00 Uhr geöffnet. Das 11 Punkte Programm von Senat und Bürgerschaftsfraktion für eine Serviceoffensive in den Kundenzentren ist ein Erfolg gewesen, der nachhaltig verstetigt werden muss. Dafür ist auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu danken, die einen Umstieg auf Schichtarbeit schultern mussten, um die bürgerfreundlichen Öffnungszeiten gewährleisten zu können.

Es muss jedoch Ziel sein, den Menschen noch schneller und effizienter städtische Dienstleistungen anbieten zu können. Hierfür haben sich die Bezirke die Einheit „Informationstechnik in der Bezirksverwaltung“ geschaffen. Der Senat hat einen „Chief Digital Officer“ geschaffen, der die Chancen der Digitalisierung auch übergreifend beurteilen und Vorschläge für deren Umsetzung machen soll. Das ganze findet sich in der Senatsstrategie „Digital First“ wieder.

Die SPD sieht in der Digitalisierung eine große Chance. Wir können es schaffen, einfache Anliegen schnell und einfach zu bearbeiten und jene Bereiche, die Beratung und Betreuung als Kern ihrer Arbeit haben, von aufwändigen Formularen zu befreien. Entsprechend der „Digital First“ Strategie werden wir Schritt für Schritt jede nicht zwingend in Papierform durchzuführende Verwaltungshandlung digitalisieren, ohne den notwendigen direkten Bürgerkontakt einzuschränken. Mit einer gezielten Bürgerbefragung wollen wir diesen Prozess flankieren – wir setzen auf den Dialog.

Wir haben für Hamburg und seine Bezirke viel erreicht und wir haben noch viel vor. Es gibt viele weitere Ideen, die Bezirke und damit die Stadt voran zu bringen. Daran werden wir gemeinsam weiter arbeiten, mit Herz und Verstand für Stadt und Bezirke, mit der Perspektive der Bezirkswahl 2019, die wir mit klaren Gestaltungsaufträgen in allen sieben Bezirken gewinnen wollen.

Wir werden uns weiter eng abstimmen, zwischen den Fraktionen in Bürgerschaft und Bezirksversammlungen, zwischen Landes- und Kreisebene und natürlich auch zwischen den Behörden. Die Hamburger SGK wirkt an diesen Prozessen ebenfalls fachkundig mit. Zur Flankierung dieses Prozesses wird die SPD deshalb mindestens einmal jährlich die Situation der Bezirke auf einem Landesparteitag besprechen. Gemeinsam werden wir erfolgreich agieren. Gemeinsam für ein starkes Hamburg.